

# Sie wollen die Spitzenposition ausbauen

Die Bundesräte Schneider-Ammann und Maurer lancieren eine Taskforce zur Blockchain-Technologie

Stefan Bühler

Unerhörte Kursgewinne, heftige Kursschwankungen und eine erhebliche Portion Unsicherheit: Seit Wochen hält die Entwicklung rund um Bitcoin die Wirtschaftswelt in Atem. Allerdings ist die digitale Währung nur eine - und zurzeit wohl die umstrittenste - Anwendung von sehr vielen verschiedenen Möglichkeiten, welche die ihr zugrunde liegende Blockchain- und Krypto-Technologie bietet: Experten glauben, dass dank Blockchain der nächste grosse Entwicklungsschritt in der Digitalisierung bevorsteht, vergleichbar mit der Erfindung des Internets.

Allerdings, und hier kommt jetzt unser Land ins Spiel, mit einem bemerkenswerten Unterschied: Diesmal geht die Post nicht im Silicon Valley ab, sondern in der Schweiz. Konkret in der Region zwischen Zug und Zürich, die sich bereits selbstbewusst als «Crypto Valley» bezeichnet. «Geht es um Blockchain, dann reisen Entwickler, Investoren und Unternehmer nicht mehr aus der Schweiz ins Silicon Valley. Im Gegenteil: Man kommt aus Kalifornien zu uns ins Crypto Valley, um zu sehen, wohin die Entwicklung geht», sagt der Zuger Volkswirtschaftsdirektor Matthias Michel (fdp.).

## Föderalismus als Trumpf

Dies berichtet auch Mathias Ruch von den Lakeside Partners, die als Investoren Blockchain-Startups in Zug unterstützen. 2016 habe ein regelrechter Gründer-Boom eingesetzt, der sich in diesem Jahr akzentuiert habe: «Es hat sich bei uns ein Ökosystem gebildet, mit Blockchain-Experten, spezialisierten Anwälten, Investoren und Dienstleistern, die hier ihre Ideen entwickeln.» Zeitweise seien pro Woche bis zu 100 Anfragen für Firmengründungen bei ihm eingetroffen.

Ruch nennt folgende Gründe für den Boom: Schon früh, im Jahr 2013, hätten sich Blockchain-Pioniere in Zug angesiedelt, diese hätten Gleichgesinnte angezogen. Hinzu komme die Offenheit der Behörden gegenüber der neuen, vielen noch unbekanntem Technologie sowie die Verfügbarkeit gut ausgebildeter Talente. Und nicht zuletzt eine grundsätzliche Sympathie der Szene für die Schweiz: «In der Blockchain-Community gibt es viele Idealisten», sagt Ruch: «Und weil Blockchain ein dezentrales Konzept ist,



Reisten ins «Crypto Valley»: Bundesräte Maurer (links) und Schneider-Ammann. (Bern, 30. Mai 2017)

fühlen sich diese in unserem föderalistischen Land wohl.»

Die Schweiz sei deshalb derzeit der weltweit führende Standort, das zeige sich auch an den Investitionen, sagt Ruch: Rund die Hälfte der Initial Coin Offerings (ICO), der auf Kryptowährungen beruhenden Finanzierung von Startups, sei 2017 ins Crypto Valley geflossen. Laut verschiedenen Quellen handelt es sich per Ende September um einen Betrag von bis zu zwei Milliarden Franken weltweit, für die Schweiz also um rund eine Milliarde.

Die Entwicklung ist auch den Behörden in Bern nicht verborgen geblieben. Bereits in den letzten Monaten statteten sowohl Wirtschaftsminister Johann Schneider-Ammann als auch Finanzminister Ueli Maurer der Blockchain-Szene in Zug einen Besuch ab. Nun lancieren sie zusammen mit mehreren Regierungsräten aus Zug und Zürich, unter ihnen Volkswirtschaftsdirektorin Carmen Walker-Späh, eine breit aufgestellte, privat organisierte «Taskforce Blockchain».

Aus der Politik ist unter anderen FDP-Fraktionschef Beat Walti dabei. Vertreten sind weiter die ETH Zürich und die EPF Lausanne sowie Exponenten der

Wirtschaft. «Die Taskforce ist so zusammengestellt, dass alle Bereiche von Wirtschaft, Wissenschaft, Politik bis Startup-Branche und Kapitalgeber vertreten sind», sagt Lorenz Furrer von der Agentur Furrer/Hugi, der mit Ruch das Projekt leitet.

Ueli Maurer hat im Dezember im Parlament angekündigt, eine Arbeitsgruppe im Bereich ICO und Blockchain einzusetzen. Er erachte es deshalb nun «als sinnvoll, die Synergie mit einer privat organisierten Taskforce zu nutzen», begründet sein Departement das Engagement. Zudem sei Maurer überzeugt, «dass der Austausch zwischen den zuständigen Behörden und der Branche in diesem sich rasch entwickelnden und teilweise volatilen Bereich von grosser Wichtigkeit ist».

## Viele rechtliche Fragen

Schneider-Ammann hält derweil fest, Blockchain werde «als Technologie für viele Wirtschaftszweige, nicht nur Crypto Finance, immer wichtiger». Gefragt sei eine liberale Regulierung, «welche dem Standort Schweiz Chancen eröffnet und gleichzeitig Risiken mindert». Die Wirtschaftsakteure seien auch beim Einsatz der Blockchain-Technologie auf

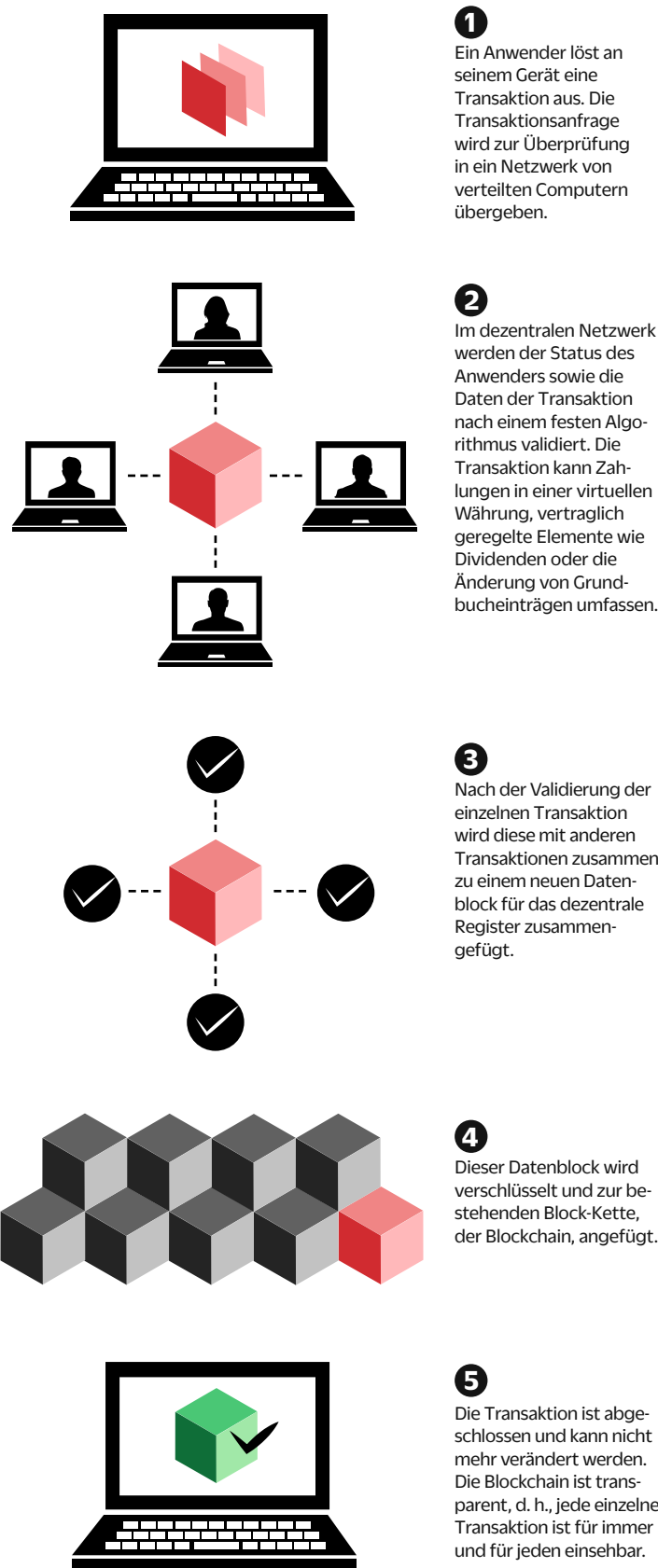
Rechtssicherheit angewiesen. Er begrüsse es daher, wenn sie sich in diese Debatte einbrächten.

Doch welche Aufgaben stellen sich der Taskforce konkret? «Wöchentlich, mitunter täglich landen bei mir Anfragen von Jungunternehmern auf dem Tisch wie: Darf man mit einer Krypto-Währung eine Firma gründen? Gilt für meine Geschäftsidee das Versicherungsrecht?», sagt der Zuger Regierungsrat Michel. Oftmals fänden sich dafür pragmatische Lösungen, so akzeptiere der Kanton Zug etwa Kryptowährungen bei Firmengründungen - «nicht als Geld, aber als Sacheinlagen».

Eine der dringlichsten Aufgaben der Taskforce ist es laut deren Initianten, die Rahmenbedingungen für die Initial Coin Offerings zu definieren. Langfristig stellten sich auch Fragen etwa zu Anwendungen in der öffentlichen Verwaltung, zur Energieversorgung oder zur Gesundheit. Die Taskforce will zuhelfen von Politik und Verwaltung Vorschläge erarbeiten. «Wir setzen so weit als möglich auf Selbstregulierung», sagt Michel: «So kann rascher und effizienter auf Veränderungen in diesem sehr dynamischen Geschäftsfeld reagiert werden.»

## Wie die Blockchain-Technologie funktioniert

Die Blockchain ist ein dezentrales Register, in dem alle Arten von Transaktionen in einem Netzwerk von verteilten Rechnern abgewickelt werden.



Quelle: PwC, SRF

## Classe politique

**Alain Berset**, Bundespräsident elect, hat bereits die neue Bundesratsfoto für 2018 verschicken lassen. Allerdings ist diese mit Sperrfrist heute Silvester, 12 Uhr, versehen. Deshalb dürfen wir hier keine Details verraten. Nur so viel: Man sieht auf dem Bild acht Menschen. Eine Person ist weitgehend unbekannt, Insider werden sie als Bundeskanzler Thurnherr erkennen. Die ändern sieben Persönlichkeiten kennt jedes Schulkind - so dass wir hier in Respektierung der Sperrfrist getrost auf die Publikation ihrer Namen verzichten können.

**Markus Hungerbühler**, Wahlkämpfer, lässt sich nicht lumpen. Diese Woche hat der Kandidat für den Zürcher Stadtrat seine Wahlbroschüre in einer Auflage von 15 000 Exemplaren an die Haushalte verteilen lassen. Das



Alain Berset Markus Hungerbühler

Heft lässt keine Wünsche offen: Das Layout ist betont edel, das Papier von jener Halbkartonqualität, mit der wir seinerzeit Ritterburgen bastelten - und die sich gewöhnliche Primarschulen für den Zeichnungsunterricht heute nicht mehr leisten können. Dass ein Mann mit dem bahnbrechenden Slogan «Gleiche Rechte für alle» gewählt wird, daran bestehen kaum Zweifel. Wir hoffen jedoch, dass Hungerbühler dereinst nicht die Finanzdirektion übernimmt.

## Bundesrichter gefährden Klassenlager

Nicht nur Deutschkurse für fremdsprachige Schüler müssten kostenlos sein, sagt das Bundesgericht. Auch für Lager dürfen Schulen die Eltern kaum zur Kasse bitten.

### René Kazé

Das Bundesgericht hat am Freitagnachmittag einen wegweisenden Entscheid publiziert: Die Schulen im Kanton Thurgau dürfen Eltern nicht finanziell in die Pflicht nehmen, wenn deren Kinder ungenügend Deutsch können. Das ist politisch brisant, ähnliche Ideen wurden auch in den Kantonen Aargau und Luzern diskutiert. Nun wird daraus nichts. Alle Kinder hätten Anrecht auf kostenlosen Grundschulunterricht, argumentieren die Richter. Begrüssert wird der Entscheid vom Präsidenten des Lehrverbands der Schweiz, Beat Zemp:

«Diese Kostenbeteiligung wäre einer Strafe gleichgekommen», sagt er. «Man muss das Problem über Integrationsvereinbarungen mit den Eltern lösen.» Enttäuscht ist die Thurgauer Bildungsdirektorin Monika Knill (svp). «Es ging den Schulen darum, jene Eltern in die Pflicht zu nehmen, die sich nachweislich nicht um die Integration ihrer Kinder kümmern.»

Von weitaus breiterer Wirkung ist indes ein zweiter Entscheid, den die Richter im gleichen Urteil gefällt haben: Lager, Ausflüge und Exkursionen müssen ebenfalls grundsätzlich gratis sein. «Für solche Veranstaltungen dürfen den Eltern [...] nur diejenigen Kosten in Rechnung gestellt werden, die sie aufgrund der Abwesenheit ihrer Kinder einsparen», schreiben die Richter. Konkret seien das Verpflegungskosten von 10 bis maximal 16 Franken. Die Thurgauer wollten indes

für obligatorische Lagerwochen 200 Franken, für Schneesportlager 300 Franken verlangen.

Nun dürften es nicht einmal mehr 100 Franken fürs Essen sein. Selbst das Skibillet bei obligatorischen Lagern müssten die Schulen bezahlen. Knill spricht von einem «Lager-Killer»: «Solte das Bundesgerichtsurteil zur Folge haben, dass die Kostenbeteiligung der Eltern sinken muss, könnte das dazu führen, dass Lager gestrichen werden. Die Leidtragenden sind die Kinder.»

Tatsächlich gibt es auch viele andere Kantone, in denen die Schulgemeinden von den Eltern mehr als 100 Franken pro Woche für obligatorische Lager verlangen. Diese werden nun ihre Praxis anpassen müssen, wollen sie nicht in Konflikt mit der Rechtsprechung geraten. Im Kanton Zürich werden laut Homepage des Volksschulamts bis zu 22

Franken pro Tag verrechnet, also auch mehr, als das Bundesgericht nun erlaubt. «Man muss damit rechnen, dass nun das eine oder andere Lager nicht mehr durchgeführt werden kann», sagt Lehrpräsident Zemp. «Das ist natürlich schade.» Grundsätzlich sei er aber froh, dass die Richter dem Trend einen Riegel geschoben hätten, immer mehr Kosten auf die Eltern abzuwälzen. «Das ist ein starkes Zeichen für die unentgeltliche Volksschule.»

Valentin Huber, einer der Thurgauer Beschwerdeführer, spricht von einer Trotzreaktion, wenn nun Klassenlager gestrichen werden sollten. «Man kann Lager auch günstig gestalten», sagt er und fügt an: «Wir haben in der Schweiz genügend Geld, um Volksschulbildung für alle unentgeltlich anzubieten.»